

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 16.06.2019

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

es bedarf immer wieder Wissen, das auf dem Satz vom zureichenden Grunde aufgebaut sein muss. Das heißt, dass Wissen nicht nur oberflächlich, sondern wirklich grundhaft bestehen muss um die Wahrheit zu erkennen.

Im Jahr 2010 habe ich in [mehreren Sonntagswörtern über die Rechtsgrundlagen](#) in Deutschland ausgeführt.

In diesem Jahr habe ich nun über die [besatzungsrechtlichen Grundlagen](#), die durch das „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin“ weiterhin festgezurr sind, ausgeführt.

Heute nun möchte ich auf den Zustand in der Welt, besonders in Europa, ausführen, dessen Geschick eigentlich mit der Pariser Charta vom 21.11.1990 neu geregelt sein sollte.

Ja, sollte. Dass diese Neuregelung aber nicht in Kraft treten konnte, dazu komme ich noch.

Wollen wir mal auf einen Auswuchs in Hinsicht auf diese vermaledeite Rechtslage schauen.

Die griechische Regierung unter Leut Tsipras hat im [April 2019 eine Reparationsforderung](#) von 290 Mrd. E uros gegen die BRiD, die [fälschlicherweise Deutschland genannt](#) wird, angekündigt.

Dieselbe Presse schreibt dann auch wie viele andere, dass der griechische Botschafter die Forderung in Form einer „[Verbalnote](#)“ bei der Außenstelle der BRiD am 04.06.2019 eingereicht hat.

Das wurde dann in einer [Pressekonferenz vom 05.06.19](#), bei der es aber auch um einige andere leidliche Themen ging, mehr oder weniger willig zugegeben, da die Verbalnote aber vertraulich behandelt werden müsse, wäre man außerstande darüber zu berichten und verweist auf solche Fragen, auf das was Leut Sabbert, der sich Chefsprecher vom Kanzler nennt, bereits gesagt hatte. Sehr wohl ist dies eine sehr vertrauliche Sache, die das deutsche Volk angeht und somit die Verbalnote diesem Volk zur Kenntnis zu bringen ist, denn es geht um das Geld des deutschen Volkes, das seit nunmehr über sieben Jahrzehnte in die angeblichen Schulden fließt. Über 74 Jahre nach dem WK 2 und nunmehr 30 Jahre nach der vermaledeiten Wende zahlen die Deutschen noch immer aufgrund des Schuldenprogramms und das in alle Ewigkeit, da mit der schwarzen Null die Schulden nicht getilgt werden, sondern nur der Zinseszins gezahlt ist.

So schrieb ich im Jahr 2010 in den Rechtsgrundlagen: *„Das Deutsche Reich ist wie bereits erwähnt ohne verfassungsrechtliche Grundlage. Es hat weder für den Versailler Vertrag, noch die Verschuldung durch die BRD und der DDR einzustehen, und kann somit mit Null bei 1918 anfangen. Und hier ist das Riesenproblem was die Besatzungsmächte mit dem Deutschen Reich hätten. Alle völkerrechtswidrigen und nicht eingehaltenen Volksabstimmungen zum Landverzicht wären nichtig. Alle Reparationen, die Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages gezahlt hatte, wären nichtig. Jegliche Verschuldung der BRD wäre nichtig. Alle Reparationen, die seit 1945 gezahlt wurden, wären nichtig. All dieses müsste neu verhandelt werden und genau deshalb soll es keine friedensvertragliche Regelung über diesen ganzen Mistkram geben, weil es dazu kommen würde, selbst wenn Deutschland (das Deutsche Reich) große Kompromisse eingehen würde, in Bezug auf Schadenersatz würden die Besatzungsmächte bzw. die Staaten finanziell so stark belastet werden, daß sie am Ende wären. Eine völlig neue Weltordnung würde entstehen.“*

Aber jetzt zurück auf den Pfad des Heutigen.

Ein wenig ausführlicher auf die Reparationsforderungen Griechenlands in punkto rechtlicher Grundlagen betrachtend geht dazu die [Tagesschau](#) ein

Ich verweise aber jetzt erst einmal auf die entsprechenden Nachrichten bei der Netzzeitung „[Sputnik](#)“ und „[RT deutsch](#)“. Da meine Meinungen in den Mainstreammedien allerhöchstens bis zur Unkenntlichkeit gekürzt (Verstümmelt) veröffentlicht werden, meistens jedoch gar nicht zugelassen, aber auch bei Youtube zum Thema Rezo meine Adresse gesperrt ist, veröffentliche ich meine Meinung bei den Pressen, eben [Sputnik](#), [RT Deutsch](#), [Neopresse](#) und [Kontra Magazin](#). Bei [Sputnik](#) und [RT deutsch](#) habe ich folgende Meinung als Leser gesetzt: *„Auch mit der feindlichen Übernahme der DDR ist die BriD nun einmal nicht Deutschland und dann beruft sich die BriD auf den 2+4 Vertrag, der am 12.09.1990 in Moskau unterschrieben wurde und die darauf aufbauende Pariser Charta vom November 1990, die die Nachwendeordnung in Europa regelte und keine Reparationen mehr zulassen würde. Ja, würde. Da aber der 2+4 Vertrag (bis dato unwiderlegt bewiesen) wegen unheilbarer Widersprüche nicht in Kraft treten konnte, konnte auch die Pariser Charta vom November 1990 nicht rechtskräftig werden. Somit wäre Griechenland sehr wohl berechtigt zu Reparationsforderungen. Das aber kann die BriD nicht anerkennen, denn das wäre ihr eigener Untergang und dazu der Untergang des neuen Reichs/EU. Letztendlich ist zwar richtig, dass vom Kaiserreich her und durch die Hitlerfaschisten Griechenland sehr großer Schaden zugefügt wurde, zu beachten aber ist die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde, also der grundlegende Verursacher. Dabei würde sich herausstellen, dass die Deutschen sich nur als Werkzeug benutzen lassen haben, aber nicht der Verursacher war. Somit die Reparationsforderungen an den Verursacher, die heimatlosen Zionisten, zu stellen wären. Dazu aber ist Tsipras nicht in der Lage, da er selbst eine Marionette dieser Verursacher ist. Es ist ein großes rechtspolitisches Wissen vonnöten um diese ganze Sache zu hintergründen um wirklich Frieden zu schaffen in Europa und der Welt. Und das deutsche Volk könnte mit einer volksherrschaftlichen Verfassung Seit an Seit mit dem russischen und chinesischen Volk den Hebel von Krieg auf Frieden stellen. Ein kleiner Hinweis noch, Art. 1 des 2+4 Vertrags besagt, dass das vereinte Deutschland die BRD und die DDR sein wird. Sein wird nach Ratifikation, entsprechend Art. 9. Sein wird, wenn die BRD und die DDR ratifiziert haben. Sein wird kann schon deswegen nicht sein, weil am 13.10.1990 nur von der BriD ratifiziert wurde und erst am 15.03.1991 von der Sowjetunion. Und somit auch der Einigungsvertrag aus weiteren unheilbaren Widersprüchen nicht in Kraft treten konnte. Olaf bundvfd.de*

Oh, das ist wahrhaftig starker Tobak und muss deshalb handfest unterlegt sein. Das habe ich immer wieder in meinen Sonntagswörtern getan und so will ich nun einmal meine Meinung, mit der der Rechtsexperten der Tagesschau vergleichen.

In den Sonntagswörtern habe ich nachgewiesen, dass die Weimarer Verfassung nicht vom deutschen Volk in Kraft gesetzt wurde. Somit die Weimarer Verfassung und das daraus entstandene „Tausendjährige Reich“ keinen Status eines Staates hatten. Genau wie die BriD, die nach der Entscheidung des 3 x G vom 31.07.1973 nichts weiter als eine staatsrechtliche Verwaltung war. Zitat: *„Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes“.*

Die Tagesschau –Experten sagen, dass bei den Reparationsfragen Vieles vermischt werde. Zum ersten geht es um die Ansprüche zwischen Griechenland und Deutschland, **also zwischen den beiden Staaten**. Um hier nicht schon wieder in den Fettnapf zu latschen, den die Experten aufgestellt haben, zu meiner gerade und immer wieder dargelegten Aussage, dass die BriD weder vor 1990 noch nach 1990 [ein Staat war](#) und ist. Da die Kriegsgewinner des WK 1, die Ententemächte, den Zustand der Weimarer Verfassung zu tragen haben, und der WK 2 diesen Status nicht aufhob, sondern durch die Besatzer weiter aufrecht erhalten wurde, ist der deutsche Staat durch den Thronverzicht von KW II. und seinen Erben am 28.11.1918 handlungsunfähig geworden, was das 3 x G 1973 noch richtig dargestellt hat. Oft genug habe ich aufgezeigt, dass

der verfassungsgebende Kraftakt, der in der neuen Präambel zum GG steht, erstunken und erlogen ist. Im Jahr 2005 hat Herr Dietrich Weide nach meinem Kenntnisstand diesen Fakt als erster ausgearbeitet und in seinem Kommentar „[die 7 Lügen der Präambel](#)“ niedergeschrieben. Unabhängig davon bin ich im Jahr 2012 nach langem Studium ebenfalls darauf gestoßen; Studium bedeutet hier das Nachverfolgen des angeblichen verfassungsgebenden Kraftakts in den entsprechenden Bundesgesetzblättern. Im Jahr 2013 habe ich die daraufhin ausgearbeitete Bürgerklage am 3 x G eingelegt. Durch Verbreitung dieser bin ich mit Herrn Weide schriftlich bekannt geworden und wir haben uns ausgetauscht und ohne mich zu winden, habe ich zugegeben, dass Herr Weide in bezug auf die verlogene neue Präambel sehr wohl der erste von uns beiden war, der dieses aufzeigte.

Zurück auf den Pfad in diesem weiten Feld. Es kann der Staat Griechenland für den WK 2 an den deutschen Staat keine Reparationsforderungen stellen, da dieser zu dieser Zeit handlungsunfähig war. Somit meine Aussage der Verantwortung, die ich den heimatlosen Zionisten zuordne, zur Frage steht. Da Sputnik und RT deutsch etwas tiefgründiger gehen und nicht nur den WK2, sondern auch den WK 1, wie es von Griechenland tatsächlich getan wird, in die Reparationsforderungen einbeziehen, kann hier gesagt werden, dass der deutsche Staat, also das Kaiserreich, tatsächlich ohne einen rechtsgültigen Friedensvertrag zahlungsverpflichtet wäre. Das Kaiserreich ist aber wie gerade oben gesagt durch Thronverzicht am 28.11.1918 untergegangen. Aber auch das Kaiserreich wurde letztendlich von den Zionisten für eine Neuordnung der Welt in den Krieg gezogen, wie es in vielen ernstzunehmenden der Wahrheit verpflichteten Ausarbeitungen zu lesen ist. Z. B. bei des Griffin, Douglas Reed, Detlef Winter und Bernt Engelmann. Dem entgegenstehen natürlich die Aussagen von abertausenden augendienenden Oberlehrern und Rechts“experten“.

Die Frage, die die Tagesschau-Experten aufwerfen, ob es nach 70 Jahren noch Reparationsforderungen geben kann, ist doch ganz einfach klar damit zu beantworten, dass es solche Forderungen selbstverständlich geben kann, solange diese nicht zwischen den Kriegsgegnern vertraglich geregelt sind. In diesem Punkt wird sich von den Experten und auch von den BriD Mächtigen auf den sog. 2+4 Vertrag bezogen, in dem diese Reparationsfragen geklärt wären.

Wer schon einmal diesen Vertragstext gelesen hat, wird von Reparationen nichts erkennen können.

Oh, da kommt es doch wieder glatt weg zu der richtigen Aussage, dass die vier Siegermächte SU, USA, GB und Frankreich mit der BRD und der DDR diesen Vertrag geschlossen hätten und am 12.09.1990 in Moskau unterschrieben. Jetzt darf ich hier aber auf den Art. 9 des Vertrags verweisen, in dem geschrieben steht, dass der Vertrag erst mit der letzten Ratifikation in Kraft tritt. Außerdem in Verbindung mit Art. 1 erst mit dem Inkrafttreten des Vertrags das vereinte Deutschland entstehen wird. Die Sowjetunion hat erst am 15.03.1991 den Vertrag ratifiziert, somit konnte ein vermeintliches vereintes Deutschland dieses nicht am 13.10.1990 tun, sondern es hätten die BRD (alt) und die DDR jeweils einzeln ratifizieren müssen, was die BRD (alt) aber seit dem 18.07.1990 nicht mehr konnte, da diese staatsrechtliche Verwaltung auf der Grundlage des GG bestand, aber der Geltungsbereich des GG (Art. 23 a. F.) am 17.07.1990 mit den Vorbehaltsrechten der drei Westmächte aufgehoben wurde; spätestens jedoch am 23.09.1990. Somit konnte letztendlich dieser 2+4 Vertrag samt dem Einigungsvertrag wegen rechtlich unheilbarer Widersprüche nicht in Kraft treten, was bis dato unwiderlegt bewiesen ist.

Dann eiern die Rechts“experten“ weiter um den 2+4 Vertrag, in dem sie nachfragen, ob es weil ja Griechenland kein Vertragspartner war, eine nachträgliche Zustimmung zum 2+4 Vertrag vorliegen würde. Und tatsächlich kommen sie nun auf die Abschlussakte der KSZE, die [Pariser Charta vom 21.11.1990](#). Mit dieser Charta sollte letztendlich die Nachkriegsordnung geregelt werden. In Vorbereitung der Charta aber war der 2+4 Vertrag zwingend. Daraus wird zitiert:

*"Wir [die Unterzeichnenden der Pariser Charta] nehmen mit großer Genugtuung Kenntnis von dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in*

## *Bezug auf Deutschland ..."*

Oh ja, das stimmt, dass der Vertrag am 12.09.1990 von den Vertragspartnern in Moskau unterschrieben wurde. Die Unterschrift aber war nicht die Ratifikation. Und selbst die BriD seit dem 18.07.1990 handlungsunfähig wegen Aufhebung des Geltungsbereich GG nicht mehr handlungsfähig.

Jetzt wird um noch mehr Wirrwarr zu stiften hin und her gewickelt ob die Kenntnisnahme zu den Unterschriften einer Zustimmung gleichkommen würde. Dies kann wenn man das Gewohnheitsrecht voraussetzt, durchaus mit „ja“ beantwortet werden. Da aber der 2+4 Vertrag wie rechtlich bewiesen nicht in Kraft treten konnte, ist jegliche Zustimmung oder Kenntnisnahme hinfällig, was letztendlich bedeutet, **dass auch die Abschlussakte der KSZE, die Pariser Charta , rechtlich nicht in Kraft treten konnte**, da der rechtsgültige 2+4 eine zwingende Voraussetzung für diese gewesen wäre. Darauf gründet das heutige Chaos in Europa, ja in der ganzen Welt.

Und zu solch einem Chaos, was aktuell brennend ist, möchte ich gleich folgend kommen.

Das iranische Volk hat 1979 mit eigenverantwortlichem Selbstbewusstsein und gewaltloser Tat den vom USI gestützten Schah davongejagt. Seitdem ist der Iran wieder der bösartigste Feind, den der USI auf Erden hat. Bösartig in einer Reihe mit Russland und Venezuela, da ihm die bereits zugefallenen Rohstoffe, insbesondere Erdöl und -gas aus den Krallen genommen wurde und sie nun wieder dem Volk zugute kommen. Bösartigerweise hat der USI nun wieder einmal einen Vertrag einseitig gekündigt, der einen gewissen wirklichen Frieden zugelassen hat. Da man aber nun im Irak und Syrien zurückstecken musste um dort über die Schiiten der Iran Einfluss nimmt, ist es dem USI nach wie vor daran gelegen über die zwei Hauptglaubensordnungen des Islam den Sunniten und Schiiten Zwietracht zu säen, was ihm aber, ich möchte sagen Allah sei Dank, nicht mehr allzu gut gelingt. Die einzige Glaubensrichtung, die Sekte der Wahhabiten, ist ihm noch hörig, da er sie mit ungeheurem Druck dazu bringt sogar mit dem zionistischen Regime Israels zusammenzuarbeiten.

So hat also der USI dem Atomvertrag einseitig gekündigt und dem Iran Sanktionen auferlegt, die das iranische Volk schwer belasten. So soll aber das iranische Volk dazu gebracht werden, seine Regierung zu bekämpfen um selbst wieder an die Öl- und Gasquellen zu kommen.

Es ist dasselbe Prinzip seit der Französischen Revolution, wo auch damals schon das Volk benutzt wurde um den Erbadel vom Thron zu fegen um den Finanzadel die Macht zu Füßen zu legen. Auf den Thron kam ein entsprechend Ausgesuchter, der in feinsten Art und Weise Krieg und Angst zelebrierte und genau diese beiden sind Hauptquellen der Macht des Finanzadels.

1848 hat der Erbadel gerade mal noch verhindert, dass dies auch in Deutschland geschehen konnte. Doch es rumorte weiter, wobei 1871 über Preußen das deutsche Kaiserreich neu entstehen konnte. Aber 1914 war es dann soweit. Es wurde vom Finanzadel, der sich inzwischen in einem zionistischen Weltverband vereinigt hatte, der 1. Weltkrieg angestoßen.

Den haben als Siegermächte Frankreich, Großbritannien und Italien beendet. Verschiedene Schanddiktate, die man als Friedensvertrag bezeichnete, haben dann drei große Reiche, das Deutsche mit dem Versailler Vertrag, das Österreichische mit dem Vertrag von St. German und das Osmanische Reich mit dem Vertrag von Sevres, in die Krallen der Zionisten ausgeliefert. Komischerweise auch schon Paris, hier zwar mit den Vororten aber ähnlich wie in den Fünfziger Jahren die Pariser Verträge zu Deutschland. Mit dem 1920 geschaffenen Völkerbund hat man sich zwischen Frankreich und Großbritannien den Nahen Osten aufgeteilt. Der eigentliche Sieger aber war der US Imperialismus, der inzwischen mit der 1913 gegründeten FED die USA in seine Krallen brachte. Über diese vermeintliche nationale Zentralbank, die aber ein Zusammenschluss von

Privatbanken ist, die sich das Geldschöpfmonopol angeeignet hat, hat man **alle** Kriegsgegner des WK 1 finanziert und sich diese über die Zinspolitik in Abhängigkeit gebracht. Das Russische Reich hat man mit einer Revolution in die Knie gezwungen. Wenn man aber genau hinschaut war es keine Revolution, sondern ein angestifteter Bürgerkrieg, der unter Lenin in die Sowjetunion mündete. Dieser wiederum wurden große Gebiete durch das erstarkte Polen unter finanzieller und militärischer Hilfe von GB und Frankreich abgerungen, darunter fielen die Ukraine, Weißrussland, aber auch Teile von Litauen, obwohl in Versailles die sog. Kurson-Linie als Ostgrenze Polens festgelegt wurde.

Gerade das Chaos im Nahen Osten gründet auf diese Schanddiktate und hier insbesondere die Trennung des kurdischen Gebietes, das heute nach wie vor geplant für Spannungen sorgt. Da der USI aber noch lange nicht satt war, er zwar die Finanzhoheit gewonnen hatte, aber über die Gebietsverteilung über den Völkerbund nicht beteiligt war, kam es dann zielgerichtet zum WK 2, mit dem sich der USI zum Weltensheriff aufschwingen konnte.

Unter dieser Vorherrschaft sind nun inzwischen die Europäische Union, die Afrikanische Union aber auch die Asiatische Union gegründet, die letztendlich im Plan der Zionisten die Vorstufen der Eine-Welt-Regierung darstellen und letztendlich nahtlos in diese eingeordnet werden sollen. Dazu durfte sich z. B. in der BriD 1992 der Art. 23 neue Fassung in das GG eingestellt werden. Ja, und wer hat diesen Art. 23 angeblich angeregt? Es war die SPD in ihrer akkuraten sozialwissenschaftlichen Volksbeherrschung.

Und jetzt wieder zurück auf den Pfad in diesem weiten Feld, zu den Sanktionen gegen den Iran und der vermeintlichen Bereitschaft der EU/neuen Reich diese zu umgehen. Dazu war nun vor kurzem der Außenchef der BriD Leut Maas in Teheran und hat verkündet, dass man Verträge einhalten müsste. Aus dem Grundtenor erst einmal richtig. Aber der Iran gehört zu den Parteien, die den Atomvertrag eingehalten haben. Der USI hat über die USA den Vertrag aufkündigen lassen und den Iran mit Sanktionen belegt. Die EU wollte wiederum über ein [Instex](#) diese Sanktionen umgehen, steht aber unter einem so hohen Druck des USI, dass das neue Reich sich bis dato nicht getraut hat diesen Mechanismus in Kraft zu setzen. Monatelang hat man an einem solchen Instrument herumgebastelt bis er dann am 31.01.2019 endlich eingesetzt wurde, aber bis dato noch nicht eine Handlung zugunsten der Europäer und des Iran vorgenommen hat. Und dann erdreistet sich in einer [Pressekonferenz](#) der Augendiener zu verneinen, dass man das Instrument für den Zahlungsverkehr zwischen dem Iran und der EU/neuen Reich „in Bälde“ zur Funktion brächte. Ist Bälde dann, wenn der Iran so gescheitert ist wie die Ukraine?

Und so durfte Leut Maas wie ein begossener Pudel aus Teheran entweichen. In einem [Artikel von RT deutsch](#) ist darüber ausgeführt, auf den ich folgende Lesermeinung gesetzt habe:

*„Die Europäer, die nach wie vor im Würgegriff der Mashallplanschulden stehen, haben letztendlich unter solchen Regierungen wie sie derzeit in der BriD rechtsstaatswidrig seit 1990 besteht, keine Chance sich gegen den Sanktionsdruck der US Imperialisten zu wenden. Das allein könnten die europäischen Völker, wenn sie ihre vasallenhaften Regierungen abschütteln würden. Aber das ist leichter gesagt als getan, da der USI die Propaganda sozialwissenschaftlich ausgearbeitet einsetzt um den Menschen die Hirne zu vernebeln. Mir war es von Anfang an fraglich, warum in der Sechsergruppe der Verhandler mit dem Iran die BriD und das neue Reich/EU waren. Das verfälscht das Völkerrecht auf das Unsinnigste, wenn zwei solche völkerrechtswidrigen Gebilde am Verhandlungstisch sitzen. Na ja und die drei anderen, die USA, Großbritannien und Frankreich sind allesamt von Imperialisten beherrscht. Da bleibt letztendlich nur Russland, das für eine multilaterale Weltordnung eintritt, im Gegensatz zur unilateralen (Eine-Welt-Regierung) des USI und seiner Vasallen. Aber halt, offiziell gehört das neue Reich nicht zu den Verhandlungspartnern, sondern die fünfte ständige Macht im UN Sicherheitsrat die VR China, die ebenfalls für eine multilaterale Weltordnung eintritt. Wie gerade die Kolonialverwaltung der BriD in diese Gruppe passt, wird dann noch fraglicher.“*

*Man stelle sich vor, fünf Hauptsieger des 2. Weltkrieges und der Hauptverlierer, der nach wie vor unter der Last der Feindstaatenklausel steht, auch wenn diese BriD Verwaltung trotz allem als Deutschland in der UN und sogar in dessen Sicherheitsrat geführt ist. Man stelle sich vor, das deutsche Volk würde mit einer volksherrschaftlichen Verfassung seine Fremdbeherrschung beenden und somit ein Vorbild für die anderen europäischen Völker sein, insbesondere des französischen, das dann unter Marine Le Pen ebenfalls wieder dem Völkerrecht Geltung verschaffen würde. Dann wäre es weiß Gott gegeben, den Hebel von Krieg auf Frieden auf der Welt zu stellen. Genau deswegen betone ich immer wieder die besondere Verantwortung des deutschen Volkes, dass dieser aber obwohl in der Dreimächteerklärung von Berlin vom 2.8.1945 gefordert, nicht nachkommt. Olaf bundvfd.de“*

So kurz und knapp und umfassend ist dann eine Lesermeinung, die ich aber über die vielen Sonntagswörter mit Nachweisen und Berichten unterlegen kann.

Und was war am Donnerstag, dem 13.6.19 im Golf von Oman geschehen? Da wurden wieder einmal zwei Tanker angegriffen und der US Geheimdienst hatte sofort ein Filmchen zur Hand, das zeigt wie angeblich Iraner eine nicht explodierte Haftmine wieder von einem Tanker entfernen, obwohl die [Besatzung des Tankers](#) klar davon ausgeht, dass Geschosse aus der Luft entsprechende Explosionen ausgelöst hätten.

Ah ja, wieder in gleicher dumpfer hochmütiger Art und Weise wie beim Überfall auf den Sender von Gleiwitz, wie die angeblichen Chemiewaffenfabriken des Iraks, die man als man sie nicht fand, in der Wüste verschwunden waren. Und genau diese Lüge der [Lügenbold Leut Rumsfeld](#) nicht allzu viel später wieder zugeben musste.

Und jawohl, die dem USI vasallenhaft dienenden Regierungen sind fehl am Platz, denn diese unterdrücken das Recht auf Selbstbestimmung ihrer Völker, das in den beiden [Menschenrechts pakten](#) jeweils im Art. 1 verbindlich festgeschrieben steht. Und gerade besonders das deutsche Volk lässt sich dieses Menschenrecht nach wie vor wegen fehlenden Wissens durch das BriD Regime nehmen. Das BriD Regime, das dem deutschen Volk den erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt, der seit 1990 in der neuen Präambel zum GG steht, wie dem Esel die Möhre vor die Nase hängt. Damit wird erreicht, dass dieses Volk seit nunmehr 29 Jahren nicht daran interessiert ist sich eine volksherrschaftliche Verfassung zu geben, um sich seine Selbstbestimmung aus den Krallen der Besatzer zurückzuholen. So kommt es dann in einer [Pressekonferenz](#), dass Leut Burger meint, dass es völkerrechtlich nicht korrekt wäre, wenn man sagen würde, dass irgendjemand heutzutage in Deutschland Besatzungsrecht ausüben würde und Leut Sabbert nichts von Besatzern weiß. Warum dann aber mit dem Art. 120 GG nach wie vor Besatzungskosten von den Deutschen zu entrichten sind, allein für die Planung eines Militärlazarets des USI bei Ramstein sind 150000 € zu berappen; warum der Art. 139 GG, der nach wie vor die Besatzungsgesetze als rechtsgültig aufrechterhält und warum nach wie vor das „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin“ , das den Deutschlandvertrag und mit diesem den Überleitungsvertrag festzurrt, für die BriD Rechtsgültigkeit hat, darauf bekommt man von solchen und anderen leut der BriD Verwaltungen keine Antwort. Antwort zu fordern kostet unter dieser BriD Verwaltung aber Mut. So sagte Henri Stendhal (1783 – 1842) Zitat:“ *Alles kann man sich aneignen, Wissen, Gewandtheit, nur den Mut nicht. Mut kann man nicht lernen.*“

Da bin ich mit Herrn Stendhal einer Meinung, dass man Mut nicht erlernen kann, denn Mut gebiert aus der selbstbewussten Eigenverantwortung, der obersten Menschenpflicht, die wiederum das gute Denken, gute Reden und gute Handeln bedarf.

**Olaf Thomas Opelt**

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)